

**Fachausschusssitzung „Integration, Kultur, Arbeit und Wirtschaft“ des
Stadtteilbeirates Gröpelingen vom 10.05.2017**

Protokoll

Sitzungsort: Ortsamt West, Waller Heerstr. 99
3. Etage, 28219 Bremen XII/02/2017

Beginn: 18.30 Uhr **Ende:** 20:00Uhr

Anwesend sind:

Frau Gabriela Grosch	SPD	Herr Dieter Steinfeld	Bd. 90/Grüne
Herr Mehmet Genc	CDU	Herr Stephan Heins	Die Linke
		Frau Kristina Overbeck	FDP

An der Teilnahme sind verhindert:

Herr Aftab Chand	SPD
Frau Gisela Roos	BIW
Herr Muhammet Tokmak	SPD

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/01/17 v. 15.02.2017

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

**TOP 3: Landesprogramm „Perspektive Arbeit“, öffentlich geförderte
Beschäftigung für Langzeitarbeitslose
dazu: Frau Rebekka Warnecke / Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

TOP 4: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

Nichtöffentlicher Teil:

TOP 6: Globalmittelentscheidungen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/01/17 v. 15.02.2017

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

An künftigen Themen wird vorgeschlagen:

- Besuch örtlicher Gewerbebetriebe im Hafengebiet (hansa-Holz, Sake, Fa. Müller etc.)
- Besuch bei der bzw. durch die WfB
- Besuch im „Hafenatelier“ Kap-Horn-Str.
- Zukunft des Stadtteilorchesters

TOP 3: Landesprogramm „Perspektive Arbeit“

Frau Warnecke stellt das bis Jahresende 2018 befristete Programm vor. Es richtet sich an rd. 500 Langzeitarbeitslose Menschen im Land Bremen (davon 300 im

Stadtgebiet Bremen und 200 in der Seestadt Bremerhaven), mit dem Ziel, sozialversicherungsbeschäftigte Vertragsverhältnisse durch Subventionsanreize gegenüber potentiellen Arbeitgebern zu erwirken (Anlage 1-3).

In besonderen Fällen kommt zudem gem. §16 SGB III in der Startphase eine vollständige Übernahme der anfallenden Lohnkosten in Betracht.

Über die Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt soll der Personenkreis langfristig vollkommen unabhängig von Transferleistungen gemacht werden und darüber dem Land spürbare Einsparungen an SGB-III-Mitteln bescheren.

Zu den FAV-Beschäftigungsmodellen ergibt sich keine Konkurrenzsituation und die Frage nach der Tarif- und Mindestlohngebundenheit der entstehenden Beschäftigungsverhältnisse wird ausdrücklich bejaht.

Ein weiteres Anliegen ist den Initiatoren zudem, die Beschäftigungsförderung nach außen nicht sichtbar in Erscheinung treten zu lassen, um Stigmatisierungseffekten von vornherein wirkungsvoll zu begegnen.

Im Rahmen eines länderübergreifenden Fachtages wird der Erfahrungsaustausch angestrebt, um die entwickelten Instrumente kontinuierlich zu optimieren, bspw. sollen Kontrollmöglichkeiten gegenüber potentiellen Arbeitgebern eingezogen werden, die mögliche Mitnahmeeffekte zu unterbinden versprechen.

Es konnten bisher 269 entsprechende Stellen geschaffen werden. Neben privaten Arbeitgebern beteiligen sich als Beschäftigungsgeber auch Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, bspw. die JVA Oslebshausen.

TOP 4: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Der Antrag „Jobcenter freitags wieder öffnen“ (Anlage 4) wird einstimmig verabschiedet, eine Stellungnahme durch den Senator für Wirtschaft und Häfen wird angefordert.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Vorsitz/Protokollant:

FA-Sprecher „Arbeit und Integration“

Ingo Wilhelms

Stephan Heins